

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 6.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro Spezialrate Beile oder deren Raum 25, für Jahrg. 15 Bf. Off. Annahme 10 Bf.

Hannover,
Sonnabend, den 8. Februar 1908.

Verlag: A. Dohrberg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
D. Schneider, Hannover, Münzstr. 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen.

bestehen in Sonneberg, Halle, Lüneburg und Dresden.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen, Deuben, Nürnberg, Berlin und Erfurt. Bezug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Land- und Waldarbeiterorganisation.

Dem nächsten Gewerkschaftskongress soll nach dem Beschlusse der Gewerkschaftsvorstände empfohlen werden, eine selbständige Organisation der Land- und Waldarbeiter zu gründen.

Dieser Beschluß kommt für einen Teil der Verbandskollegen sehr überraschend und insbesondere deshalb, weil der Verbandstag in Leipzig eine dahingehende Resolution abgelehnt hat. Die Abstimmung brachte zum Ausdruck, daß die Mehrheit der Verbandsvertreter eine Selbständigmachung der Land- und Waldarbeiter nicht wollte, denn die Resolution Mehrheit wurde gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Nicht so zweifelsfrei ist, ob die Resolution Hiez als angenommen gelten kann. Nach der Präsenzliste waren 104 Delegierte anwesend, 45 Delegierte stimmten für diese Resolution, die Gegenprobe wurde nicht gestellt. Für die Resolution des Unterzeichneten stimmten 43 Delegierte, und daraus wurde geschlossen, daß die Resolution Hiez angenommen sei. Meines Erachtens erhielten beide Resolutionen die Mehrheit nicht.

Wenn nach § 16 der parlamentarischen Ordnung für die Versammlungen des Verbandes ein Antrag bei Stimmengleichheit als abgelehnt gilt, so muß bei einem so weitgehenden Beschlusse die Mehrheit der Stimmen unzweifelhaft festgestellt sein. Eine Mehrheit der Verbandsvertreter ist für die Resolution Hiez nicht festgestellt. Diese Feststellung erscheint mir erforderlich, um den Beschluß der Zentralvorstände und auch das Verhalten des Verbandsvorstandes zu verstehen. Tatsache ist, daß der Vorstand des Verbandes in der Sache keine besonderen Maßnahmen getroffen hat. In einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Ausschuss, an welcher ich nicht teilnehmen konnte, soll nach mir gewordenem Bericht der Vorstand die Gründe dargelegt haben, welche ihn von weiteren Anordnungen absehen ließen. Diese Gründe wird der Vorstand nunmehr dem Verbandstage vorlegen und dieser mag seine Entscheidung treffen. Unzweifelhaft scheint mir der Wille des Verbandstages darin zum Ausdruck gekommen zu sein, daß bis zum nächsten Verbandstage seitens des Vorstandes Material zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen sei, denn sowohl die Kollegin Hiez als auch ich wünschten Erhebungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse, wünschten intensivere Agitation unter den Landarbeitern u. a. m. Inwieweit das geschehen konnte, und mit welchem Erfolge es geschah, werden wir ja bald erfahren.

Die Stellung des Verbandsvorstandes bei den Verhandlungen in Leipzig konnte keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß der Vorstand die Gründung einer selbständigen Organisation der Land- und Waldarbeiter nicht verhindern will. Das Schweigen der Vorstandsvorstände war in diesem Falle eine deutliche Sprache. Es ist mir bis heute nicht bekannt, ob der Beschluß der Vorstände mit oder gegen den Willen unserer Kollegen zustande kam; das ist mir nach Lage der Sache aber auch nebensächlich. Ohne Zweifel wird der Gewerkschaftskongress dem Beschlusse seine Zustimmung geben. Unsere Kollegen, welche das verhindern wollten, würden mit der darauf gerichteten Tätigkeit keinen Erfolg haben.

Die Kollegin Hiez wendete sich bereits gegen den Beschluß in ganz entschiedener Weise und sie hofft auf Unterstützung aus den Reihen der Verbandsgenossen.

Es kann nach meinem Dafürhalten keine Rede davon sein, daß durch Gründung einer eigenen Landarbeiterorganisation die Früchte einer langen Agitations- und Organisationsarbeit uns auch hier wieder genommen würden (Protokoll von Leipzig, Rede der Kollegin Hiez, Seite 178), noch daran, daß wir um die Früchte unserer Tätigkeit „geprellt“ werden. Es ist doch nicht etwa der Gegner unserer Bewegung, dem die Früchte unserer Arbeit nun zugute kommen sollen; es ist doch nicht unser Feind, der den Erfolg unserer Tätigkeit für sich ausnützen will oder kann. Ist denn das Ziel der Agitations- und Organisationsarbeit unserer Kollegen nur darauf gerichtet, eine große Zahl Mitglieder für die eigene Organisation zu haben, oder ist nicht auch unsere Arbeit von dem Gedanken aus zu leisten, daß unsere Bewegung im ganzen geführt wird, wenn unsere Ziele von einer immer größeren Anzahl von Mitgliedern der Arbeiterklasse aner-

kannt werden? Es ist also zu ergründen, welche Maßnahmen für die in Frage kommenden Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage am zweckmäßigsten sind und der Bewegung im allgemeinen mit mehr Erfolg dienen. Daher kann die Frage nicht lauten: Wie viele Mitglieder können wir durch Verbeibehaltung der Landarbeiter gewinnen oder durch deren Selbständigmachung verlieren, sondern die Frage muß lauten: Was ist für die Landarbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage am zweckmäßigsten und für die Gesamtbewegung dienlicher? Und da wird nach meiner Auffassung die Antwort mit dem Beschluß der Vorstände in Einklang stehen. Unsere Maßnahmen, die wir innerhalb des Verbandes zur Gewinnung und Wahrnehmung der Interessen der Landarbeiter treffen können, werden niemals so nutzbringend getroffen werden können, als dies eine selbständige Organisation tun kann. Eine Reihe anderer, hier nicht näher darzulegender Umstände sprechen ebenfalls für den Beschluß. Und wenn ich auf dem Verbandstage gegen die sofortige Beschlussfassung nach der einen oder andern Seite war, so lag mir daran, freie Hand zu behalten und dem Vorstand Gelegenheit zu geben, im Verein mit der Generalkommission die Frage nach allen Seiten zu prüfen, und insbesondere darüber Klarheit zu schaffen, inwieweit die Abgrenzung des Agitationsgebietes getroffen werden kann. Würde schlanke verlangt werden, daß alle Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich etwa der in diesen Nebenbetrieben beschäftigten Personen, dem neuen Verbandsangehörigen haben, dann würde das einen durch nichts gerechtfertigten Einschnitt in unseren Verband bedeuten. Wenn wir nun die Gründung der neuen Organisation nicht verhindern können und in der Mehrheit nicht verhindern wollen, so dürfen wir aber ganz bestimmt verlangen, daß das Agitationsgebiet deutlich abgegrenzt wird, um die sogenannten Grenzgebiete von vornherein unmöglich zu machen. Inwieweit hierauf bezügliche Vereinbarungen etwa schon getroffen sind, dürfte nunmehr der Vorstand zur Kenntnis der Verbandsgenossen bringen.

Offenbach, 28. Januar 1908.

Jacob Streb.

Aus dem Reichstage.

Am 23. Januar wurde in dritter Lesung das Gesetz, welches die Majestäts vor Beleidigungen schützen soll, verabschiedet. Die sozialdemokratische Fraktion, welche die Aufhebung der bestehenden Bestimmungen über Majestätsbeleidigungen beantragt hatte, stimmt gegen das Gesetz.

Der 24. Januar brachte eine Zusatzakte zu der am 5. März 1902 in Brüssel vereinbarten Konvention über die Behandlung des Zuckers. Diese Konvention oder Vertrag haben anerkannt Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Peru, Niederlande, Schweden und Schweiz. Am 19. Dezember hat auch Rußland seinen Beitritt zum Zuckervertrag erklärt. Außerdem hat Deutschland mit Rußland ein Abkommen über den Zuckerverkehr beider Länder getroffen. Die drei Protokolle lagen nun dem Reichstage zur Entscheidung vor.

Durch die Brüsseler Konvention wurde vereinbart, daß die für die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker gewährten direkten oder indirekten Prämien aufgehoben und von den beteiligten Ländern während der Dauer des Vertrags solche Prämien auch nicht eingeführt werden dürfen. Dem Zucker gleichgestellt sind zuckerhaltige Erzeugnisse, wie Zuckerverwerk, Schokolade, Kaffee, eingedickte Milch und alle anderen Erzeugnisse, welche in erheblichem Maße künstlich zugesetzten Zucker enthalten. Die dem Vertrage beigetretenen Länder sind nach Artikel 4 verpflichtet, Zucker, der aus Ländern stammt, welche für die Erzeugung oder die Ausfuhr von Prämien bewilligen, bei der Einfuhr mit einem besonderen Zoll zu belegen. Dieser Zoll soll in seiner Höhe nicht hinter der im Ursprungslande gewährten direkten oder indirekten Prämie zurückbleiben. Der Vertrag hat Geltung bis zum 1. September dieses Jahres. Die englische Regierung ist nun zu dem bestimmten Entschlusse gelangt, daß die infolge des Einfuhrverbotes oder der Anwendung der Ausgleichszölle bestehende Beschränkung der Zuckereinfuhr unvereinbar ist mit den Interessen des britischen Verbrauchs und der Industriellen. England ist freihändlerisch, hat selbst nennenswerte Zuckerproduktion nicht. Die Prämien für Zuckerausfuhr bewirken, daß es beispielsweise den deutschen Zucker billiger auf seinem Markt bekommt, wie er auf dem deutschen zu haben war. Die Zusatzakte will nun England von der Verpflichtung, Prämienzucker mit Eingangszoll zu belegen, erlösen.

Rußland will dem Zuckervertrag beitreten. Mit ihm stehen die übrigen Vertragsländer in der Vereinbarung vor, daß es keine gegenwärtige Zuckerverzoll- und Steuererhebung beibehält, aber die sich daraus für die Fabrikanten ergebenden Vorteile nicht erhöht. Dagegen verpflichtet sich Rußland, die Ausfuhr von Zucker unter Steuererstattung oder Steuer-

befreiung für 6 Jahre vom 1. September 1907 an nicht über eine Höchstmenge von einer Million Tonnen hinaus zuzulassen. Diese Ausfuhrmenge wird so verteilt, daß für die Jahre 1907/08 300 000, für die weiteren 4 Jahre je 200 000 Tonnen zugelassen werden.

Die deutschen Zuckerraffinerien und Rübenbauern befrachten nun, daß diese 200 000 Tonnen Zucker pro Jahr hauptsächlich den englischen Zuckermarkt decken werden, zu Lasten der deutschen Zuckererzeugung. Nach der deutschen Statistik gingen im Jahre 1906 8 Millionen Doppelzentner deutschen Zuckers im Werte von 153 Millionen Mark nach England. Das ist drei Viertel unserer gesamten Zuckerausfuhr. Die Herren Agrarier erschienen flugs mit einem Gesetzentwurf auf dem Plane, der die Zuckersteuer von 14 Mark auf 10 Mark pro Kilogramm Reingewicht herabsetzt. Die Herabsetzung der Steuer wird dieses Mal in Gesetzesform verlangt, weil die Regierung gleiche Beschlüsse des Reichstags dreimal unausgeführt gelassen hat. Interessant ist die Begründung des Gesetzentwurfs. Sie gipfelt in der durchaus zutreffenden Behauptung, daß die Steuer den Preis erhöhe, dadurch den Verbrauch verringere. Die Herabsetzung der Steuer werde Verbilligung und Erhöhung des Zuckerverbrauchs bewirken. Was hier von der Zuckersteuer behauptet, gilt auch vom Getreidezoll, auch von den Vieh- und Fleischzöllen, kurz von allen agrarischen Zöllen. Aber die Herren Agrarier werden bei letzteren die angeführten Argumente nicht gelten lassen. Die ganze Angelegenheit wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Im Interesse unserer in der Zuckerindustrie beschäftigten Kollegen liegt es natürlich, daß die Konvention zustande kommt, und im Interesse der gesamten Verbraucher liegt eine Verbilligung des Zuckers. Die sozialdemokratische Fraktion wird daher sowohl für die Zusatzakte, als auch für die Herabsetzung der Steuer stimmen.

Dann ging der Reichstag auf 4 Tage in die Ferien. Besonders redelustig waren die Mitglieder des hohen Hauses nicht, als am Mittwoch die Verhandlungen mit der Beratung eines Entwurfs zur Änderung des § 2 des Flottengesetzes wieder aufgenommen wurden. Solche Beratungen pflegten sonst auch bürgerliche Politiker zu oppositionellen Reden aufzuschwelen, aber die Herren Liberalen sind seit den Januarwahlen äußerst marineserviert geworden. Sie haben sich „überzeugen“ lassen, daß die Herabsetzung der Altersgrenze der Schiffe auf 20 Jahre, eine technische Notwendigkeit ist. Der Genosse Bebel zeigte in einer mäßigen Rede, wohin die Flottenpolitik führt. Die Regierung aber hat ihre Forderungen bewilligt erhalten. Beim Titel I des Marineetats legten die Genossen Begien und Bevering dar, wie die Arbeitsverhältnisse auf deutschen Werften beschaffen sind. Es wurde da angeführt, daß die Lohn- und Maschinenarbeiter Überstunden ohne besondere Entlohnung machen müssen. Dem Arbeiterausschuss ist eine seinen Aufgaben entsprechende Wirksamkeit nicht eingeräumt. Bei Festsetzung der Arbeitslöhne wird willkürlich verfahren, und die Löhne entsprechen keineswegs den durch die allgemeine Teuerung gesteigerten Unterhaltungskosten. Unsere beiden Redner brachten den Nachweis, daß die staatlichen Werften alles andre, nur keine Mutteranstalten sind. Sie werden es auch so lange nicht werden, als die Arbeiterorganisationen Anerkennung nicht erfahren haben und von den Werkleitungen verpöndelt sind!

Die Organisationen sind der Regierung aber ein Pfahl im Fleische. Während sie bei allen andern Fragen, welche Industrie, Handel oder die Landwirtschaft betreffen, die in Betracht kommenden Interessentverbände der Unternehmer hört, deren Wünsche als Befehle erachtet, werden die Arbeiterorganisationen achlos beiseite gelassen. Dabei wird sie von den Blochhelden bis tief in den Freisinn hinein unterdrückt. Das hat die Debatte am letzten Freitag klarlich erwiesen. Die Kommission hatte eine Resolution angenommen, welche verlangt, daß Arbeiten von der Marinewerwaltung nur an solche Firmen vergeben werden sollten, die Tarifverträge mit den Arbeitern einhalten und bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen auch die Arbeiterausschüsse hören. Unsere Fraktion verlangte die Ausdehnung der Vertretung der Arbeiter auf Arbeiterorganisationen. Und gegen diese Ausdehnung liefen die Herren Mugdan und Fachnide Sturm. Der Antrag soll agitatorischen Charakter haben. Die namentliche Abstimmung über das Amendement zur Resolution ergab die Ablehnung mit 166 gegen 114 Stimmen. Mit den Nationalliberalen und Konservativen stimmten auch die Herren Freisinnigen gegen die Anerkennung der Organisation. Die Resolution selbst kam dann mit 213 gegen 67 Stimmen zur Annahme. -y-

Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Der Kongress der „Polakisten“ tagte vom 22.-26. Januar in Berlin. Als wichtigsten Punkt beschloßte den Kongress der Beschluß

nicht ernst zu nehmen sind. Auffällig bei diesem Transport war, daß die Arbeitsschichten nicht wie der andere gewöhnliche Betriebe die Bahnsteigsperrre passieren, sondern den Ausgang, der sonst für Arbeiterverbot bestimmt ist, benutzen durften. Aus dieser zu erklären, müßten sie, wie unter Umständen, sich augenscheinlich übergeben hat, eine Anzahl kleine Abschleppungen. Für gewöhnliche Arbeiter ist das Ueberfahren der Gleise verboten.

Selbstverständlich fehlt auch bei all derartigen Anlässen der polizeiliche Schutz nicht. Sechs Gendarmen begleiteten den Transport zu den Autos, so daß eine Verhinderung und Aufräumung der Gleise unmöglich war. Und fort ging es in rasendem Tempo, wobei sehr auffällig, daß das Auto, in dem Herr N. und zwei Schutzleute saßen, kaum verhalten war, Briesnitz zu. Hier wurde der Transport von einem starken Polizeiaufgebot empfangen und in dem Hof geföhrt, wo die Leute sofort den Blicken der Außenstehenden entzogen wurden. Ob er mit leichten Arbeitsschichten Glück haben wird, ist sehr zu bezweifeln; denn wenn die Leute sehen, in welche Verhältnisse sie geraten sind, werden sie beizeiten den Betrieb wieder verlassen.

Die ausgesperrte Arbeiterchaft aber läßt sich durch derartige Maßnahmen nicht beeinträchtigen; sie hält unentwegt an ihrer gerechten Sache fest trotz aller Pläne des Herrn N. und seiner Helfer. August nach Dresden-Briesnitz und Langburkersdorf ist nach wie vor streng ferngehalten.

Witzung, Ziegelarbeiter! Die Konstantwerte vorm. Oker in Brandis verlangen die bei ihnen beschäftigten Kollegen durch einen langjährigen Vertrag an den Betrieb zu fesseln; die Kollegen haben die Unterzeichnung des Vertrags strikte abgelehnt und den Betrieb verlassen. Beauftragte der Firma reisen in allen Teilen Deutschlands herum, um Arbeiter für den Betrieb zu gewinnen. Wir warnen hiermit die Kollegen und erlauben, Arbeitsangebote der betr. Firma abzulehnen. Nachstehend erteilt das Bureau der Fabrikarbeiter in Leipzig, Heisterstraße 32 (Vollshaus):

Reinkardt Langburkersdorf i. S. Tarifbruch, Maßregelungen und Ausperrung in der Genossenschaftsziegelei in Langburkersdorf. — Gleich der Dachziegelwerke in Langburkersdorf, an der Herr N. den Wohnanteil hat, am 27. Januar ihre Arbeiter unter Tarifbruch ausgesperrt. Die im Betriebe beschäftigten Personen belamen an diesem Tage ihre Entlassung mit dem Bemerkten, an nächsten Tage würden wieder neue Leute angenommen; der im Vorjahre abgeschlossene und bis 30. Juni 1908 gültige Tarif bestünde nicht mehr für die Firma; sie werde sich die — brauchbaren Leute herausuchen. Der Absatz 4 des Tarifs lautet: „Bei etwaigem Auslegen werden die im Betriebe schon beschäftigt gewesenen Personen zuerst wieder eingestellt.“ Wer nicht wieder eingestellt wird, will der Herr Direktor ja nicht sagen; zweifellos handelt es sich aber um den Arbeiterausschluß. Der ist aber laut Tarif von der Firma genehmigt; oft ist mit ihm verhandelt worden. Die Maßregelung des Ausschusses bedeutet gleichfalls einen Tarifbruch. Der letzte Satz des Vertrags lautet: „Dieser Vertrag gilt vom 1. April 1907 bis 30. Juni 1908 und läuft stillschweigend ein Jahr weiter, wenn er nicht 2 Monate vorher von einem der beiden Kontrahenten gekündigt wird.“ Dadurch, daß man nun alle entläßt und in den nächsten 12 Stunden den Tarif aus der Welt schafft, kann kein Tarifbruch abgegriffen werden. Das hat bisher nur die Firma Noehd und die damit zusammenhängende Genossenschaftsziegelei fertig gebracht. Daß hier und in Briesnitz bei Dresden die Verträge nur geschlossen wurden, um die Arbeiterchaft für 1907 zu binden, aber mit dem Vorjahre, selbst den Tarif bei besserer Gelegenheit zu brechen, geht aus den zu verschiedenen Zeiten ausgesprochenen Erklärungen des Herrn Noehd hervor. Die Arbeiterchaft denkt selbstverständlich nicht daran, mit der rechtswidrigen Kündigung einverstanden zu sein. Am Dienstag haben fast sämtliche Beschäftigte, auch die im Vorjahre aus Schlesien hergestellten Mädchen, die Unterschrift und damit die Arbeit zu den schlechtesten Bedingungen verweigert. Der Meister Bieda, in Dresden und Reinkardt als Schürzenjäger seiner Arbeiterinnen bekannt, der mit seiner Frau in bestiger Ehe und in Erennung wegen seines Verlehrs mit galizischen Arbeiterinnen lebt, hat den Menschenhandel aufgenommen und jetzt 30 Galizier herbeigekauft, die am Tage der Entlassung ankamen, und vom Beamtenpersonal und Gendarmen begleitet, diesem Eldorado zugeführt wurden. Auf höhnende Zurufe der Arbeiter und Arbeiterinnen antwortete dieser Meister: „Für Geld tun andre viel! Er kennt sich.“ Angeföhrt wurde dieser Transport schon acht Tage vorher durch Herrn Noehd mit der Bemerkung: „Wartet nur erst einmal Kaisers Geburtstag ab, dann reden wir weiter, ob für euch Arbeit da ist.“ Dieser Tag bot die beste Gelegenheit, den Patriotismus dieser Unternehmer richtig zu beobachten. Den Arbeitern predigt man Vaterlandsliebe und just an diesem Tage wirft man sie auf's Pfahler und stellt dafür ausländische, galizische, ein. Die Arbeiterchaft beider Betriebe hat den Kampf aufgenommen. Sie hofft trotz allem, der Firma diese Tarifbrüche bereiten zu können. Schreiben aber Unternehmerrungen wieder einmal darüber, daß Arbeiter Tarife nicht richtig halten, dann wird man ihnen diesen lange geplanten Streich unter die Nase reiben.

Nachdem vorstehendes schon gesagt, wird uns mitgeteilt, daß die Ausperrung nach vierstägiger Dauer mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet ist. Die am 30. Januar stattgefundenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß der Tarifbruch nicht rückgängig gemacht wurde, aber ein neuer Vertrag bis 30. Juni 1909 zwischen beiden Teilen abgeschlossen worden ist. Abzüge werden nicht gemacht. Alle Aussperrten werden wieder eingestellt und kommen auf ihre alten Plätze. Bevor nicht alle vorher im Betrieb beschäftigt gewesenen Personen angenommen sind, dürfen fremde Leute nicht eingestellt werden. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Die Einigungsbedingungen sind schriftlich niedergelegt und vom Direktor Abmunt und drei Arbeitervertretern unterzeichnet worden. Abzuwarten bleibt nun, ob dieser neue Tarif auch gehalten wird. Jedenfalls nimmt bei jedem neuen Kontraktbruchversuch die Arbeiterchaft den Kampf um ihre Rechte auf's neue auf, und wahrscheinlich hat auch die Firma in diesen Gewaltmaßnahmen ein Haar gefunden. Die Einigkeit der Aussperrten führte zum schnellen Siege und wird auch den Briesnitzer Aussperrten den Erfolg sichern.

Korrespondenzen.

Bischheim. Die hiesigen im untern Teile des Ortes liegenden Stahlfabriken sind an dieser Stelle wegen der durchweg ungenügenden Entlohnung der Arbeiterchaft, als auch wegen der Behandlung speziell der Arbeiterinnen wiederholt besprochen worden. Wir haben in hiesiger Gemeinde noch einen dritten Betrieb dieser Branche, welcher, obwohl er mit weniger Arbeitskräften betrieben wird, dennoch für seinen Inhaber, Herrn Eugen Schaub, ganz erheblichen Gewinn abwirft. Es ist dies die jenseits des Salzweges gelegene „Chemische Gomb-Fabrik“, auch Kleinfabrik genannt. Auch hier sind die Arbeitsverhältnisse außerordentlich ungünstig. Die Leute müssen den ganzen Tag in ungelüfteter Staubluft ihre angestrengte Arbeit verrichten und erhalten dafür — wenn sie tüchtig sind und sich eingearbeitet haben — einen Zammerlohn von 3 Mark pro Tag. Sehr oft sind sie gezwungen, Nachtschicht zu machen, dann hat der hierdurch betroffene Arbeiter 36 Arbeitsstunden hintereinander zu leisten und erhält hierfür 7,20 Mark Entlohnung. Selbstverständlich sind die Leute nach solcher Leistung ganz erschöpft und werden ihrer Familie immer weiter entzogen. Auch aber Mittag dürfen sie den Betrieb nicht verlassen, die Familien müssen das Essen bringen. Die Arbeitszeit beginnt morgens 4 Uhr. Die ersten zwei Stunden werden als Ueberstunden vergütet, natürlich ohne Aufschlag. Der dritte Stand sehr sich den Leuten auf Kleider, Haut und Haare. Sie gleichen oft wandelnden Röhrläden. Dabei ist die Ventilation äußerst mangelhaft, die Wasserversorgung fehlt ganz, auch Kleiderstände sind nicht vorhanden. Sicherheitsvorrichtungen an dem stehenden Mehl enthaltenen Kessel gibt es nicht. Auch Brandgefahr fehlt. Dies ist recht unangenehm in die Erscheinung, als fürlich ein Arbeiter schwer verunglückt. Als Lagerstätte für kurze Ausruheszeit des Nachmittags dient ein verfallenes Bett, welches eigentlich diesen Namen nicht mehr verdient. Trotz dieser unange-

nehmen Verhältnisse wird dem Arbeiter jede Stunde, die er auch in Familien- und sonstigen Angelegenheiten verbringt, von dem an sich schon niedrigen Lohne abgezogen, so daß die Leute, wenn ein Wochenende vorüber ist, oft mit 17 Mk. nach Hause gehen müssen. Der Unternehmer dagegen kommt nur per Kutsche in die Fabrik und läßt sich auf diesem Wei wieder abholen. Er ist ein wohlhabender und wohlgenährter Mann, der sich ein prächtiges Automobil zulegen konnte. Werden die Arbeiter denn nicht bald einsehen, daß nur durch die Organisation, durch Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter eine Besserung dieser Zustände herbeigeföhrt werden kann?

Delmenhorst. In unsern Reihen hat die überaus erfolgreiche Arbeiterbewegung des Jahres 1906 auch im verfloffenen Jahre angehalten. Die Zahl der Mitglieder ist von 703 im Anfang des Jahres auf 852 am 31. Dezember 1907 gestiegen. Im Berichtsjahre war ein größerer Lohnkampf zu verzeichnen. Veranlaßt durch die verhältnismäßig niedrigen Löhne und durch die ganz enorme Verteuerung sämtlicher Lebensmittel, hatten Ende März die Arbeiter der Dinstromfabrik „Schliffelmarke“ Forderungen gestellt, die im wesentlichen auf eine 20prozentige Lohnerhöhung, bessere Bezahlung der Ueberstunden und Abänderung der Arbeitsordnung hinarangingen. Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuss führten zu keinem Resultat, vielmehr wurde jenseits eine Woche nach Einreichung der Forderungen eine Anzahl der Arbeiter, die sich mit dem willkürlichen Vorgehen der Meister, wonach einzelnen vom Lohne abgezogen, andern je nach Lust eine kleine Lohnerhöhung gegeben werden sollte, nicht einverstanden erklärt hatten, plötzlich entlassen. Zum Ueberflus wurde auch noch der Arbeiterausschuss, der bis Ende 1907 zu amtieren hatte, einfach aufgehoben und dadurch der im Jahre 1906 abgeschlossene Vertrag von seiten der Betriebsleitung mißachtet. Ein letzter Versuch zur gütlichen Beilegung, der von den Arbeitern unternommen wurde, welcher dahin ging, die Entlassenen wieder einzustellen und mit dem Ausschuss zu verhandeln, scheiterte an dem Starrsinn der Betriebsleitung. Daraufhin wurde am 5. April die Arbeit niedergelegt. Der Kampf dauerte volle 7 Wochen, erst am 24. Mai wurde nach mehreren Verhandlungen eine Einigung erzielt. Erreicht wurde eine Aufbesserung des Lohnes um 2 Mk. pro Woche für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, für Ueberstunden nach 9 Uhr und für Sonntagsarbeit 60 Proz. Aufschlag und Abschluß eines Vertrags bis zum 1. Juni 1908. Am 1. Juni 1908 tritt für sämtliche ein Jahr bei der Firma Beschäftigten eine weitere Lohnerhöhung von 1 Mk. pro Woche ein. Die Arbeitsordnung wurde in einigen Punkten geändert, vornehmlich, um dem willkürlichen Entlassungsrecht der Meister, aus dem im Jahre 1906 die meisten Konflikte resultierten, ein Ziel zu setzen. Leider werden noch heute dieselben Praktiken, nur in anderer Form, geübt, sobald ernste Verwicklungen hieraus leicht eintreten können. Beteiligt waren am Streik 223 Mitglieder unseres Verbandes. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 8559 Tage. An Streikunterstützung wurden 16 966,90 Mark für Fortschaffung Jugerente und Fernhaltung des Zugangs 489,80 Mk., zusammen 17 456,70 Mk. ausgegeben. Die Lohn-erhöhung beträgt für die Angehörigen unseres Verbandes pro Jahr etwa 2 200 000 Mark. In der Dinstromfabrik „Antermark“ sind die Löhne infolge Tarifabschlusses im Jahre 1906 um durchschnittlich 1 Mk. pro Woche erhöht und waren hier ernste Konflikte nicht zu vermeiden. In der Dinstromfabrik „Hansa“ und der Fettfabrik der Norddeutschen Wollkammerei wurden die Löhne teilweise erhöht; auch diese Lohnerrhöhungen sind nur auf das Konto der Organisation zu legen. Beteiligt waren wir noch an der Ausperrung der Bremer Westken im Frühjahr mit 9 und an dem Streik des Bauarbeiters mit 3 Kollegen.

An Verwaltungsarbeit, vornehmlich Agitation, ist im Berichtsjahre sehr viel geleistet worden. Es fanden statt: 80 Versammlungen (davon 11 Mitgliederversammlungen) und 210 Sitzungen. Außerdem sind 6 Hausagitationen abgehalten, zu welchem Zwecke dreimal Flugblätter verbreitet wurden. Auskunft in Rechtsfragen wurde in 35 Fällen gegeben, wozu 5 Schriftsätze erforderlich waren. Um das Interesse der Mitglieder an den Versammlungen zu heben, wurden 10 Vorträge abgehalten, die durchweg gut besucht waren. Analog dem Wachsen der Mitgliederzahl sind auch die Einnahmen und Ausgaben gestiegen. An Beitragsmarken der verschiedensten Klassen wurden 41 959 Stück umgelegt. Die Gesamteinnahme und -Ausgabe belief sich auf 35 681,01 Mk. In der Ausgabe stehen die Streikunterstützung mit 17 798,20 Mk. (im Vorjahre 6887,90 Mk.), die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung mit 2669,95 Mk. (im Vorjahre 661,90 Mk.), die Gemahregeltenunterstützung mit 726,25 Mk. (im Vorjahre 102,70 Mk.) an erster Stelle. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie zeigen, daß nur große, festgeschlossene Organisationen etwas zu leisten imstande sind. Wie wären sonst solche Kämpfe, wie sie innerhalb der letzten zwei Jahre stattgefunden, durchzuführen gewesen. Ist es uns doch gelungen, in den letzten beiden Jahren die Arbeitszeit zu verkürzen und für jeden Kollegen und jede Kollegin durchschnittlich fünf Mark pro Woche an Lohnerrhöhung durchzusetzen. Dieser Not und Glend ist außerdem durch Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung gelindert worden. Diese Zahlen sollten auch jenen Arbeiterzeitschriftenern, namentlich den Hirsch-Dunderschen, entgegengehalten werden, die gerade in letzter Zeit vornehmlich auf der „Schliffelmarke“ ihr lichtliches Treiben entfalten haben. Einer dieser Hirsche, ein Herr D., durchfährt den Betrieb und erwidert sich nach der sozialdemokratischen Bestimmung unserer Organisationsangehörigen. Zu einem Mitgliede unseres Verbandes sagte er, wenn er Ruhe in der Fabrik haben wollte, müßte er Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins werden. In der Presse dieser Gewerksvereine ist sonst immer von dem angeblichen Terrorismus der freien Gewerkschaften die Rede, vielleicht kümmert sich das Blatt einmal um seine eigenen Jünger. Selbstverständlich werden wir geeignete Maßregeln ergreifen, um dem Herrn sein Handwerk zu legen.

Alles in allem kann die Entwicklung, die wir im Berichtsjahre konstatieren konnten, als sehr gut bezeichnet werden. Auch die Zahl derer, die einsehen gelernt haben, daß nur die Arbeiterpresse, hier das „Vollblatt“, die Interessen der Arbeiter energisch und aufrehtig vertritt, hat bedeutend zugenommen. Daß die sog. farblose Presse, wie sie auch hier vorhanden ist, ausschließlich die Interessen der Unternehmer vertritt, konnte so recht bei den Lohnkämpfen im Laufe des Jahres beobachtet werden, wo diese Blätter ihr möglichstes getan haben, um Wirksamkeit und Uneinigkeit in die Reihen der Kämpfenden zu tragen. Hieraus sollte jeder die Konsequenz ziehen und jene Blätter aus dem Hause werfen. War die Entwicklung, wie vorstehend angeführt, eine gute, so soll uns das aber erst recht ein Ansporn sein, im kommenden Jahre die Reihen unserer Gewerkschaftskollegen enger und fester zu schließen. Und Hand in Hand damit soll die geistige Weiterentwicklung und die Anziehung politischer Denkers und Handels gehen, damit die Reaktionen aller Schattierungen nicht in der Lage sind, das auf wirtschaftlichem Gebiet errungene wieder zu entreißen. Große Kämpfe stehen noch bevor, und da bedarf es des zähen Zusammenhanges aller Arbeiter. Wir werden auch im kommenden Jahre dafür zu sorgen haben, daß diejenigen, die noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen sind, der Organisation zugeführt werden.

Witzung. In unsern Jahresversammlung am 26. Januar wurde beschlossen, von dem bisherigen Rabus, herr. Ergänzung der Erwerbslosenunterstützung aus der Kassa, abzugehen. Es soll in Zukunft in der Erwerbslosenunterstützung nur noch von 4. bis 7. Tage pro Tag 50 Pf. inbegriffen also 1,50 Mk. an Lohnzuschuß gewährt werden. Diese Maßnahme machte sich notwendig, weil bei dem bisherigen System die Ausgaben der Kassa sich zu sehr gesteigert sind. Dazu ist zu bemerken, daß dieser ganze Rabus, der alte sowohl wie der neue, unzulässig und statutenwidrig ist. Die Kassa sollte nur die Agitation und Organisation verwenden sollen, die Unter-stützungen zu ergänzen. Das wäre höchstens denkbar, wenn dafür ein gelohnter Beitrag erhoben würde. Sehe ich das nicht, so haben die Kassastellen diejenige Unterstützung zu zahlen, die vom Verbande bezahlt werden und im Statut festgelegt ist, weder mehr noch weniger. Durch Verwendung der 20 Prozent zu Unter-stützungen würden der Agitation und Organisation Mittel entzogen,

h. h. dieselbe bleibt liegen, bezw. wird vernachlässigt. D. N.) Der Bevollmächtigte Mägel gibt bekannt, daß die Agitation durch verschiedene Umstände gehemmt worden sei. In Erfurt sei mit Hausagitation ein Versuch gemacht worden. An dem Unterrichtskursus, der am Orte stattfand, beteiligten sich die Kollegen Mägel und Henke. An Erwerbslosenunterstützung wurden 1907 577,80 Mk. bezahlt, davon 164 Mk. aus der Kassa. Die Neuwahl ergab Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zu reger Mitarbeit auf, damit im Jahr 1908 ein besserer Fortschritt für den Verband zu verzeichnen sei.

Galle a. S. In der am 19. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Kollege Dannehl den Geschäftsbericht. Aus demselben ist folgendes hervorzuheben:

Die Jahresrechnung betrug für die Hauptkassa 26 489,90 Mk. An die Verbandskasse wurden 13 221,56 Mk. geleistet. Die Einnahme der Kassa betrug 12 051,66 Mk., die Ausgabe 8225,76 Mark. Der Zugang von Mitgliedern betrug 868, der Abgang 414, so daß am Schluß des 4. Quartals ein Mehr von 444 zu verzeichnen war. Der Markennutzen betrug im 1. Quartal 1907 13 609 Stüd., im 4. Quartal 1907 18 061 Stüd. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1484. — Gang besonders gut einwohlt hat sich der Bezirk Ammenorf. Derselbe hatte am 31. Dezember 07 315 Mitglieder, während bei der Vermählung nur 189 Mitglieder vorhanden waren. Lohnbewegungen hatten wir 8 zu verzeichnen, welche größtenteils mit Erfolg endeten. Beteiligt waren daran rund 600 Kollegen, für die eine Lohnaufschuß von 1,20 bis 3 Mk. pro Woche erreicht wurde. Eine Statistik, aber die Lohnverhältnisse der in unheimen Berufe beschäftigten Arbeiter wurde von der Kassa auf genommen. Von den 929 Beantwortern der Fragebogen hatten 127 einen Lohn von 2,50 bis 3 Mk., und 281 Kollegen von 3 Mk. bis 3,20 Mk. Die Mehrzahl verdient 3,20 bis 3,50 Mk., und nur ganz wenige Kollegen verdienen darüber hinaus. Am traurigsten ist der Lohn in der Zement- und Ziegelindustrie. Für diese schwere und gesundheitschädliche Arbeit beträgt der Lohn noch nicht 3 Mark. In den chemischen Fabriken ist der Lohn etwas höher; der Durchschnittslohn beträgt hier 3,30—3,40 Mk. Eine gerechte Arbeitszeit findet man in vielen Betrieben überhaupt nicht. In den Papierfabriken beträgt dieselbe 12—14 Stunden. In einigen andern Betrieben werden sogar noch regelmäßig sogenannte „halbe Schichten“ gemacht. Die Statistik hat gezeigt, daß die Lohnverhältnisse unserer Kollegen noch sehr traurig sind. Das sollte aber auch jeden anspornen, für die Ausbreitung seiner Organisation zu sorgen.

Sanam. Die einjüngende Krise macht sich auch bei uns bemerkbar. In der vor zwei Jahren neubauten Kunstseidefabrik Groß-Auheim wurden am 18. Januar 30 Arbeiter gekündigt und am Montag darauf unter Zahlung eines Wochenlohnes entlassen. Andre Arbeit zu finden, dürfte den Arbeitern zurzeit schwer werden. Besonders schwer leiden natürlich die Unorganisierten unter der Krise, weil sie keine Organisation hinter sich haben, die ihnen Arbeitslosenunterstützung zahlt. Insofern dürfte die Krise manchem bisherig Zufriedenen die Augen öffnen.

In der Jahresversammlung unserer Kassa, am 19. Januar, berichtete Kollege Brielle: In den uns zusehenden Betrieben wurden 38 Beschreibungen abgehalten, leider mit wenig Erfolg. Eine Umfrage ergab, daß zahlreiche Hilfsarbeiter, die zu uns gehören, in andern Gewerkschaften organisiert sind. Eine Lohnbewegung in der Holzschneiderei und Wollformenfabrik führte ohne Streik eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbei. Die gut besuchte Versammlung wurde mit der Aufforderung, noch mehr wie bisher für die Organisation zu wirken, geschlossen.

Selbrom. Am Sonntag, dem 26. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, die gut besucht war. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß das verfloffene Jahr ein arbeitsreiches war. Abgehalten wurden 4 öffentliche, 38 Mitglieder- und 178 Betriebsversammlungen. Ausschuss- und Kommissionssitzungen fanden 28, Vertrauensmännerversammlungen 3 statt. 11 Lohnbewegungen wurden geführt, wobei für 1144 Personen an Lohnerrhöhung pro Woche 1922,60 Mk. erreicht wurde. Streiks hatten wir einen, an dem 110 Personen beteiligt waren und der teilweise Erfolg brachte. An zwei weiteren Streiks waren wir mit einer Anzahl von Mitgliedern beteiligt. Die gesamte Einnahme betrug 19 709,20 Mk. An Unter-stützungen am Ort wurden ausgegeben: Für Arbeitslosenunterstützung 4567,60, Streikunterstützung 2177, Maßregelungen 1057, Rechtschutz 121,33, Streikunterstützung 138,50, Reiseunterstützung 174, Umzugs- geld 50 Mk. An die Hauptkassa konnten noch 3046,47 Mk. geleistet werden. Aus der Kassa wurden 158 Mk. Kassenlohnunterstützung geleistet, 430 Mk. an andre Organisationen überwiesen und für Wohnungszwecke und gemeinnützige Vorträge 142,75 Mk. ausgegeben. Der Kassenbestand beträgt 1024 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 1120 männliche und 87 weibliche Mitglieder. Das der Verfassung vorgelegte Ortsstatut fand einstimmige Annahme. Zum Schluß der ausredend gut verlaufenen Versammlung ernannte Kollege Wollbold die Mitglieder zur regen Mitarbeit an dem weiteren Ausbau unserer Organisation. Auch sollen die Mitglieder mehr wie bisher bei wichtigen Vorkommnissen, sowie über ihnen bekannte offene Arbeitsstellen sofort dem Geschäftsführer, Kollegen Wollbold, Mitteilung machen.

Rassel. Die Einschüchterung der Arbeiter von seiten der Fabrikanten hat doch schon manche Blüten gezeitigt. Vor der Zündholzfabrik von Georg Schmieding werden Einladungszeitel zu einer Betriebsbesprechung verteilt. Die Firma ist darüber in großer Aufregung. Am andern Tage verkleben Plakate, daß jeder, welcher zu der Besprechung will, abends 7 Uhr auf dem Kontor zu erscheinen hat. Dort soll jeder erfahren, daß, wer zur „Besprechung von Streikangelegenheit“ geht, seiner Stelle verlustig ist und durch auswärtige Arbeiter ersetzt wird. Von einigen Arbeitern belehrt, daß es sich in der Besprechung nicht um Streik handeln könne, vielmehr bloß um ein Vergügen, wird von der Firma gleich ein Fabrikvergnügen in Aussicht gestellt. Was die Firma bezwecken wollte, ist klar, die schon gekündigtigten Arbeiter sollten der Besprechung fern bleiben. Um aber trotzdem sicher zu gehen, wird ein Laufhüter geschickt, der kann nicht anders berichten, als daß von 60 Arbeitern 30 anwesend sind. Nun, etwas mehr Einsicht ist den Arbeitern zu wünschen, sie würden merken, wie sehr sich die Firma vor einem Streik fürchtet. Diese Waffe sollte man sich durch solche Schreckschüsse nicht entwinden lassen.

Ragerdorf. Am 17. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Kollege Studt gab den Jahresbericht. Er teilte mit, daß infolge intensiver Agitation und Ausbau des Vertrauensmännersystems ein wesentlicher Fortschritt in der Kassa zu verzeichnen sei. An Mitgliedern wurden 479 aufgenommen, Einnahme und Ausgabe der Hauptkassa balanzierten mit 8485,91 Mk.

Nach der Versammlung stand es den Mitgliedern frei, Einsicht in die schwarze Liste der Dreitenburg-Gollsteinischen Zementfabrik zu nehmen. Auch wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Liste auch fernerhin beim Kollegen Studt, Wilhelmstraße 7, zur Einsicht ausliegt.

Rudwigschafen a. Rh. Am Sonntag, dem 26. Januar, hielt die Kassa ihre Generalversammlung ab. Ueber die Tätigkeit der Ortsverwaltung im Jahre 1907 berichtete der Geschäftsführer Kollege Gög. Es wurden 237 Vertrauensmännerversammlungen, 19 Ortsverwaltungsitzungen, 6 Vertrauensmännerversammlungen, 3 Hilfsarbeiterversammlungen, 28 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Versammlungen abgehalten; außerdem beteiligte sich die Ortsverwaltung an 5 Konferenzen und 12 konduzierten Sitzungen. An Korrespondenzen gingen ein 498 Briefe und 186 Postkarten, ausgegangen sind 597 Briefe, 239 Postkarten. Lohnbewegungen fanden 7 statt. Tarife wurden 5 abgeschloffen. Der Ortsverwaltung wurde einstimmig für ihre Leistungen ein Lob ausgesprochen. Den Kassenbericht erstattete ebenfalls der Geschäftsführer Kollege Gög. Aus demselben ist zu ersehen, daß die Abrechnung der Hauptkassa vom Jahre 1907 mit 47 231,35 Mk. bilanzierte. Die Kassa hatte eine Einnahme und Ausgabe von 18 660,68 Mk. Der Kassenbestand betrug 4563,91 Mk. An Erwerbslosenunterstützung wurden 10 943,44 Mk. ausbezahlt. Auf Antrag der Kassa wurde dem Geschäftsführer einstimmig folgende Beschlüsse bei der Wahl eines Agitationsleiters wurde Kollege Hauptbescheid

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1907.

Table with columns for 'Ort', 'Zahlstellen', 'Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals', 'Zu- oder Abnahme gegen das 3. Quartal 1907', 'Arbeitslose Mitglieder (unterstützte und nicht-unterstützte)', and 'Von den Arbeitslosen bezogenen Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal)'. Sub-columns include 'männl.', 'weibl.', 'zus.', 'am Orte', and 'auf der Reise'.

von 14 Bewerbern mit 179 Stimmen gegen Kollegen Bruder-Stettin, der 12 Stimmen erhielt, gewählt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung gab es keine Veränderungen, mit Ausnahme des Schriftführers, der eine Wiederwahl ablehnte.

Oblau. Die Unternehmer ihr Versprechen einlösen. In der Disphonfabrik von Schube u. Brunquell sind circa 30 Arbeiter ausgeperrt. Veranlassung soll, wie Herr Rejewitz, der allgewaltige Betriebsleiter meint, die Hezerei im Betriebe gegeben haben.

Vorlage von Lohnbüchern, sowie der von den Klägern unterschriebenen Kontrakte und Quittungen. aus, daß die Kläger nicht mehr zu fordern, sondern bereits zu viel erhalten hätten, desgleichen befähigen sie laut kontraktlicher Vereinbarung keinen Anspruch auf Reiseentschädigung.

Weimar 2 Mk. und in Weisensfeld auch 2 Mk. erhielt. Ferner machen wir auf § 9 Abs. 7 aufmerksam, wonach nicht mehr als eine Mark pro Tag an Reiseunterstützung bezahlt werden darf.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen: Bromberg. Vom 1. April 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. Nr. 285 041. Wilh. Rosin, eingetreten am 25. Sept. 1907 in Magdeburg.

Eingegangene Zahlstellen. Jontz angefallen an Dessau. Neue Adressen und Adressen-Veränderungen. Saagen. Herr Witte, Fleischergasse 18.

Verbandsnachrichten.

Vom 28. Januar ab gingen bei der Hauptkassie folgende Beträge ein: Oberberg i. M. 309,14. Rühlendeb. b. S. 225,47. Abbau i. S. 105,90. Oberndorf 63,40. Tirschenreuth 55,90. Rahl a. M. 45,60.

Schluss: Montag, 3. Februar, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer. Die Abrechnung für das 4. Quartal 1907 haben eingefandt: Stuttgart, Lauban, Gronau, Jontz, Schwiebus, Frey, Rosbach, Althaldensleben, Lützen, Neumarkt, Göppingen, Danzig, Elbing, Ballhad, Harzburg, Burg b. Magdeb., Sulum, Lauterbach, Tirschenreuth, Oberberg, Rühlendeb., Duisburg, Hochdorf, Sobau i. S., Neustadt a. d. Harz, Herzfelde, Granitz, Reimen, Markredwitz, Straubing, Plauenischer Grund, Rahl a. M., Rain, Sägau, Erlau, Stadoldendorf, Udermünde, Greppin, Düsseldorf, Lüneburg, Bärnab, Sulgau, Sebnitz, Färtenberg, Schildejch, Jastrow.

Achtung. Anzahl der Erwerbslosen und Reiseunterstützung! Wir müssen hierdurch darauf aufmerksam machen, daß die Mitglieder nach § 9 Abs. 11 des Statuts nur einmal innerhalb 52 Wochen, vom Tage der ersten Auszahlung an gerechnet, den vollen Betrag erhalten können.

Rundschau.

Ein charakteristisches Bild aus dem Leben der Ziegelei- und Ziegelarbeiter wurde kürzlich vor dem Bremergericht, Hannover ab. Kläger waren vier oberbayerische Ziegelei- und Ziegelarbeiter, welche vom Landesherrn Reichsgraf v. Spreti ein vorerhaltenes Lohn und Entlohnung von Ziegeleien fordern. Der Beklagte führte unter

Karlsruhe. Auszahlung der Erwerbslosen- und Reiseunterstützung erfolgt bei Kollegen Oswald Hils in Rühlburg, Rühlstraße 1, III.

Ösnabrück. Die Anmeldung der Erwerbslosen und Auszahlung der Unterstützungen erfolgt Commendierstr. 53/54, Ecke Johannismauer, im Laden, zwischen 4 und 5 1/2 Uhr nachmittags.

Wernigerode. Den durchreisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unter Verkehrslokal in der „Herberge zur Eintracht“ Schmeiderstraße befindet.

Briefkasten. Worms. Nachdem ein Teil der Mißstände beseitigt ist, es übrigt sich wohl die Aufnahme der, ohnehin zu allgemein gehaltenen, Kritik.

Inserate. Zahlstelle Berlin. Bureau: Einienstraße 215. - Geöffnet von 3-1 und 4-8 Uhr. Telefon: Amt 3, 938.

Am Sonntag, dem 8. Februar 1908, vormittags 9 1/2 Uhr. Generalversammlung im Lokal „Musikersäle“, Kaiser-Wilhelm-Straße 13 m. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) Bericht der einzelnen Kommissionen.

Zahlstelle Holzminden. Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat statt. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh. Als Agitationsleiter wurde Kollege Haupt, Bielefeld, gewählt. Den Mitbewerbern besten Dank für ihre Bewähungen. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Zahlstelle Wunfriedel. Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 Uhr: Diesjähriger Stiftungs-Ball im Saal „Zur Sonne“. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen ist erwünscht. Die Bevollmächtigten.

Die ökonomischen Wirkungen der Kartelle und Syndikate.

B. Die Absicht bei der Gründung eines Industriekartells ist die Erhöhung des Profits durch Ausschluß der Konkurrenz. Die Kartelle werden das Aufkommen von Konkurrenten zu verhindern suchen, indem die Banken, die am Kartell interessiert sind, sich an etwaigen Neuunternehmungen nicht engagieren. Die erste Wirkung des Kartells ist natürlich die Preiserhöhung der Produkte, was für das Kartell eine Erhöhung des Profits bedeutet, denn der Preis einer Ware ist gleich dem Kostpreis und der Durchschnittsprofitrate. Die übrige in Frage kommenden Produktionszweige haben durch Gründung eines Kartells bedeutenden Schaden, weil die Preiserhöhung des Kartells ein Sinken der Profitrate bewirkt. Der Extraprofit, den das Kartell einsackt, geht nämlich dem Gesamtprofit der Kapitalistenklasse verloren. Beispielsweise hat das Sinken des Profits in der Eisenindustrie die Verleugung der Kohlenpreise durch das Kohlenyndikat zur Ursache. Selbstverständlich hat daraufhin auch die Eisenindustrie ihre Preise in die Höhe geschraubt. Bis zu einem gewissen Grade ist ja auch eine Abwanderung von Kapital in verwandte Betriebszweige möglich. Das Maschinenkartell würde eventuell eine Kombination mit Kohlenfabriken anbahnen können. Durch einen solchen gemeinsamen Betrieb wird dann die Unternehmergruppe noch viel mächtiger, und nur ganz riesige Privatfirmen sind in der Lage, der Kartellbildung zu widerstehen. Die Firma Krupp hat bei Bildung des Kohlenyndikats nicht nur Kohlenlager, sondern auch Erzgruben in Deutschland, Spanien, Schweden und Norwegen gekauft. Auf sie hat also die Preiserhöhung des Kohlenyndikats keinerlei Einwirkung. Krupp ist unabhängig von den Kartellen.

Das Kartell ermöglicht auch eine größere Ausnutzung der Betriebe. Früher strömten in den Walzwerken die Hochöfengase ohne weiteres ab. Heute werden diese Gase mit zum Antrieb der Maschinen des Werkes benutzt. Die Kombination, wie die Verbindung gemischter Betriebe bezeichnet wird, vermag eine sehr vorteilhafte Wirkung auszuüben. Die kombinierten und vertikal gegliederten Betriebe haben mehr Erfolg als die reinen Betriebsvereinigungen. Die meisten deutschen Waren werden in gemischten Betrieben hergestellt. In solchen Betriebszweigen, wo eine Kartellierung nicht gut möglich ist, wurde durch die Syndikate die Tendenz zur Kombination gegeben.

Die Firma Krupp hat zum Beispiel an dem Fortbestehen des Kohlenyndikats das größte Interesse; denn wenn sich das Syndikat auflösen sollte, wird die Kohle wieder billiger und die Konkurrenten Krupps würden in die Lage versetzt, sofort ihre Preise herabzusetzen. Ein andres Beispiel für die Wichtigkeit der Kombinationen zeigt uns die Verbindung der Gruppe A des Stahlwerksverbandes, die Formeisen, Träger, Halbfabrikate usw. produziert, mit der Gruppe B, den Walzwerken. Die reinen Walzwerke haben viel Halbzeug nötig. Als gemischte Betriebe fertigen sie es selbst. Sie müssen dann wünschen, daß nur wenig Halbzeug auf den Markt kommt.

Es ist falsch, wenn der Volkswirtschaftler Schmoller behauptet, die Kartelle seien eine demokratische Organisation, im Gegensatz zur aristokratischen der Trusts. In beiden Fällen sitzen große Kapitalisten am Ruder. Hier wie dort sind die eigentlichen Leiter die Direktoren der Großbetriebe.

Die Kartellierung tritt meist in der Rohstoffproduktion auf — am ersten in den Bergwerken — und gab stets die

Tendenz, daß sich auch die Fertigfabriken in Organisationen zusammenschließen.

An den Monopolbesitz von Kohlen und Eisen knüpft sich die Herrschaft über die gesamte übrige Industrie. Die Maßnahmen der preußischen Regierung, daß jetzt keine Kohlenfelder mehr an Private abgegeben werden dürfen, ist unwirksam und kommt zu spät, weil das Syndikat so viel Kohlenfelder besitzt, daß es für die nächsten 200 Jahre die Kohlenproduktion beherrschen kann.

Allerdings ist trotzdem auch für die Höhe des Kartellpreises eine Grenze gezogen. In erster Linie kommt dabei der Weltmarkt in Betracht. Die inländischen Preise können nicht viel über dem Weltmarktpreis stehen. Als äußerste Grenze ist der Weltmarktpreis mit Aufschlag des Zolles anzunehmen.

Als die Nachfrage auf dem Marke das Angebot überstieg, führte man Schutzzölle ein, um die ausländische Konkurrenz fernzuhalten. Durch die Kartellierung wird das Angebot beschränkt und die Nachfrage nicht übersteigen. Die Schutzzölle sind aber trotzdem weiter erhöht worden, dadurch stieg der Profit und aus den Schutzzöllen sind so Vereicherungszölle geworden. Die Ausfuhr, die Zölle wieder abzuschaffen, sind innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sehr gering. Sie werden wohl erst mit dem Kapitalismus selbst verschwinden.

Der Monopolpreis wird durch folgende Faktoren bestimmt. Wenn die gesamte Industrie eines Produkts kartelliert ist, wird das gesamte Produkt von einem einzigen Unternehmen hergestellt, das den Preis so hoch als möglich schrauben kann. Auf der einen Seite stehen somit die Produzenten, auf der andern Seite die Konsumenten. Der Preis der Ware wäre gleich den Kosten der Lebensbedürfnisse. Also: Produkt plus Arbeitslohn, plus konstantes Kapital, plus Mehrwert. Nach diesem seinem Wert richtet sich der Preis des Produkts.

Die Kartelle wirken auch auf alle übrigen kapitalistischen Anlagensphären, vor allen Dingen auf den Handel. Das Kartell konzentriert den Absatz der Produkte, wodurch Zirkulationskosten erspart werden. Die Unkosten für Geschäftsfreisende und Klame werden vermindert oder fallen fast ganz weg. Frachtersparnis und Verminderung der Lagerkosten sind zu verzeichnen. Eine weitere Ersparnis wird durch die Verkürzung der Zirkulationszeit erzielt. Und Ersparnis von Zirkulationskosten bedeutet neuen Profit. Die Handelshäuser werden nun gezwungen, sich ebenfalls zu kartellieren. Zunehmend ist das, so ermöglichen sie dem Kartell eine Monopolstellung. Das Kartell wirkt auf den Handel ein, weil es die Pflicht hat, darauf zu sehen, daß durch den Handel die Preise nicht noch mehr verteuert werden, denn sonst sinkt der Konsum. Der unabhängige Handel wird sich vor Erhöhung der Kartellpreise größere Lager zulegen. Dadurch wird das Kartell gestärkt, dehnt seine Produktion weiter aus und erhöht die Preise. Der Handel sucht nun zunächst zu den erhöhten Preisen seine Lager zu räumen. Kann er das nicht, so wird er eben unter dem Kartellpreis loschlagen. Darum sucht das Kartell Einfluß auf den Handel zu gewinnen und ihn selbst in die Hand zu nehmen. Ein treffendes Beispiel hat uns in dieser Beziehung der amerikanische Petroleumtrust gegeben, der den Großhandel ausschloß und direkt an den kleinen Gemischtwarenhändler liefert, dem er natürlich vor schreibt, wie hoch das Petroleum zu verkaufen ist. Fügt dieser sich an einem Orte nicht, so errichtet der Trust dort so lange eine Verkaufsstelle, bis alle Händler des Orts zu dem festgesetzten Preise verkaufen. In ähnlicher Weise hat sich auch das deutsche Kohlenyndikat organisiert, das ebenfalls den Handel von sich abhängig machte und die großen

Kohlenhändler zu seinen Agenten stempelte. Diese bekommen die Kohlen zu einem festen Preise geliefert und müssen sie wieder zu einem bestimmten Preise an die Klein Händler weitergeben. Dadurch wird der kommerzielle Profit zum Vorteil des Syndikats verringert. Es wird die Zahl der Händler soviel als möglich beschränkt und den Handelsgewinn zugunsten des industriellen Profits schmälern. Es wird nicht mehr nötig haben, sich an den Handel zu wenden, sondern dieser muß vielmehr das Kartell aufsuchen. Tut er das nicht, so gibt das Syndikat seine Produkte, wie es beim Petroleum der Fall ist, direkt an die Konsumenten ab. Das Kohlenyndikat liefert auch nur eine bestimmte Anzahl von Waggons an die Industrie und verweist im übrigen die Konsumenten an seine Vertreter. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine kämpft seit Jahren um direkte Lieferungen mit dem Syndikat. Dieses will aber die Konsumvereinigungen ausschließen, vor allem die Arbeitergenossenschaften, weil es deren Macht kürzen will. Und sollte sich die Großeinkaufsgesellschaft zur Eigenproduktion von Kohlen entschließen, so ist es sehr fraglich, ob sie noch ein Kohlenfeld erhalten wird. Die kartellierten Händler teilen sich mit dem Syndikat in den Profit. Es gibt auch Länder, wo der Großhandel noch nicht so bedeutend geworden ist. Oesterreich ist ein solches Land. Auch seine Industrie ist stark kartelliert. Namentlich das Zuckerkartell hat dort eine riesige Entwicklung zu verzeichnen. Zucker ist dort nicht nur Handelsprodukt, sondern auch Börsenartikel, also Spekulationsobjekt. Selbst die Großbanken haben sich dabei engagiert. Bei Gründung neuer Zuckerraffinerien ließen sich die Banken nur zur Kapitalisierung herbei, wenn ihnen der Betrieb des Zuckers überlassen wurde.

Man sieht also, daß die gegenseitigen Unabhängigkeitsverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer auf der gegenseitigen Kapitalstärke beruhen. Jede Einschränkung des kommerziellen Profits bedeutet eine Steigerung des industriellen Profits und das Niveau der Durchschnittsprofitrate wird erhöht. Als schließliches Resultat dieses Prozesses ergibt sich, daß der Unterschied zwischen industriellem und kommerziellem Kapital ausgelöscht wird, und die Besitzer des letztern zu Agenten der Besitzer des erstern gestempelt werden.

Auch das ist ein Werk der Großbanken. Die Kartellierung der Industrie wirkt auf die Banken derart, daß diese sich miteinander solidarisch erklären. Die Banken werden der größern Sicherheit halber die Kartelle finanzieren, und weil sie schon die einzelnen großen industriellen Werke beherrschen, besitzen sie auch die Macht im Kartell. Durch Ausschaltung der Konkurrenz ist der Ertrag für die Kartelle nicht nur ein sicherer, sondern auch ein höherer. Die Banken haben bei Gründung eines Kartells die Möglichkeit, den Profit erheblich höher zu kapitalisieren und einen großen Gründergewinn einzuharfen. Wenn zum Beispiel bei der Produktion eines Artikels früher 10 Millionen Ertrag zu verzeichnen waren und nach der Kartellierung dieser auf 12 Millionen steigt, so können statt für 200, für 240 Millionen Aktien ausgegeben und verhandelt werden. In dem angeführten Falle würde also der Gründergewinn 40 Millionen betragen, die die Bank einstreicht, ohne einen Finger krümmen gemacht zu haben.

Das Einkommen der Banken wird also enorm gesteigert und die Akkumulation innerhalb der Bank dadurch beschleunigt. Mithin erfordert das Interesse der Banken die Erhaltung und Vermehrung der Kartelle. Die in Frage kommende Bank sichert sich natürlich auch das Monopol der Kreditgewährung bei dem Kartell. So wird ein immer

Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion!

IV.

„Die Organisation (Christlicher Maurerverband) hat sich bei der Reichstagswahl durchaus bewährt.“
(Notiz aus der christlich-sozialen Zeitung des Siegerlandes.)

„Die christlichen Gewerkschaften sind parteipolitisch neutral“, also verkörpert uns die W.-Gladbacher Versammlungstredgrammophon, wo es nur irgend angängig erscheint, trotzdem ihnen diese Behauptung, wegen des innigen Kontakts ihrer Organisationen mit der Zentrumspartei insbesondere, kein Misch glaubt, es sei denn ein Christlicher, dessen politische Lebenserfahrung noch in den Kinderschuhen steckt. Und wir dürfen ruhigen Gewissens behaupten: die Christen glauben selbst nicht, was sie reden. Hören wir nun, was jene reden und schreiben, die für die Versammlungstredgrammophon die Sprechwahlen liefern! Da ist zunächst Herr August Brunt, weiland Vorsitzender des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, Redakteur des „Vergnappens“ und bis in die letzte Zeit hinein ein großes Kirchenlicht unter Christenmenschen. Er erklärte auf dem ersten Kongress christlicher Bergarbeitervereine im Januar 1897: „Seit einiger Zeit ist die Sozialdemokratie bemüht, unter den Bergarbeitern Boden zu gewinnen. Dies hat eine Anzahl christlicher Bergarbeiter veranlaßt, einen Gewerksverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund zu gründen. Dieser hat einmal zu kämpfen gegen die Sozialdemokratie, die den Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung erstreben und die Verheugung der Arbeiter beabsichtigen, und andererseits gegen die Elemente, die jeder Arbeiterorganisation feindlich gegenüberstehen.“ Ohne Umschweife wird so als Gründungsmotiv und vornehmsten Zweck der christlichen Gewerkschaften deren Tätigkeit als Schutztruppe der politischen Reaktion gerühmt. Und diese Auslassungen des Herrn Brunt sind nicht etwa eine rednerische Entgleisung, sondern wurden von ihm durch die Tat bekräftigt, und jede Nummer des von ihm geleiteten „Vergnappens“ ist ein sprechendes Zeugnis für seinen Sozialistenhaß. Damit nicht genug. Als ihm der rübe Ton des „Vergnappens“ vorgeworfen wurde, verteidigte sich der Herr bekanntlich damit: „Der Ton, den ich im „Vergnappens“ schrieb, ist nötig, um die christlichen Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten.“ Eine hohe Meinung von der Bedeutung der christlichen Gewerkschaften, die aber mit politischer Neutralität nichts gemein hat, hatte

auch der Arbeitersekretär Christian Klotz aus Eisen, als er auf dem Eßener Katholikentag das große Wort gelassen aussprach: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird den Entscheidungskampf mit der Sozialdemokratie zu führen haben.“ Den gleichen Gedanken sprach an gleicher Stelle der christliche Metallarbeiterhauptide Franz Wieber aus, indem er sagte: „Die Kämpfe der Zukunft werden wesentlich auf wirtschaftlichem Gebiete ausgefochten. Die sozialdemokratische Partei wäre lange so mächtig nicht, wenn sie sich nicht gewerkschaftlich so vorzüglich organisiert hätte. (1) Von dem Gegner muß man lernen, deshalb müssen wir uns Schulters an Schulters organisieren in den christlichen Gewerkschaften.“ Mit dem „wir“ sind naturgemäß die noch dem Zentrum anhängenden Arbeiter gemeint und dem Zentrumsparteiinteresse sollen so die christlichen Gewerkschaften dienen. Dabei hatte gerade ein Jahr zuvor Wieber am eigenen Leib erfahren müssen, wie das Zentrum die Arbeiterinteressen in den Not tritt. Als nämlich bei den Stadtverordnetenwahlen 1905 die christlichen Arbeiter an die Duisburger Zentrumslitung das Ersuchen richteten, Männer ihres Vertrauens als Kandidaten für die dritte Wählerklasse aufzustellen, da wurde dieser Wunsch nicht nur nicht berücksichtigt, sondern Wieber und seine Freunde wurden als „eine kleine Clique ehrsüchtiger Streber“ beschimpft, und spöttisch schrieb das Duisburger Zentrumorgan, die „Volkzeitung“:

„Es gibt nur a Kaiserstadt.
Es gibt nur a Wien.
Es gibt nur a Wieber
Und der lebt im — Bah n.“

In dem Bah n, die Zentrumspartei würde sich auch nur in etwas der Arbeiterinteressen annehmen, wenn ihre erforderliche Gegenleistung durch Unterstützung ihrer reaktionären Politik gewährt wird, scheinen allerdings noch mehr Gewerkschaftsschritten zu leben. Und von diesem Irwahn geblendet, lassen sie sich sogar so weit hinreißen, daß sie, die angebliche parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften vergebend, diese offen als reaktionäres Parteigebilde deklarieren. So war es in einer Versammlung des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes in Rangolding, die sich mit der Landarbeiterorganisation beschäftigte, der Gewerkschaftssekretär Wall, der in seinem Referat als Leitsatz ausstieß: „Die christlichen Gewerkschaften haben den neuen Zolltarif mit dem Zollschuß der Landwirtschaft gebilligt und auch gegen die Angriffe der Sozialdemokratie unter den schwierigsten Umständen verteidigt.“ Wie die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften über die Wucherzölle dachten und wie die Gewerkschaftsschritten nach anfänglichen Segnern des Brotwuchers zu dessen Verteidigern wurden, vermag allerdings Herr

Woll zu sagen. War auch nicht nötig, er hätte doch nur wiederholen können, was schon im Jahre 1901 in einer Versammlung christlicher Arbeiter in Köln, die gegen die „Wucherzölle“ demonstrierte, der christlich organisierte Metallarbeiter Schlaß gesagt hatte, nämlich: „Ich kann es nicht verstehen, daß unsere Gewerkschaftsführer, die aus der Mitte der Arbeiter hervorgegangen sind und das Elend in den Arbeiterfamilien kennen, für den erhöhten Zoll eintreten, wo sie doch Arbeitervertreter sein wollen. Das kann es uns nützen, wenn unter Lohn 10 Prozent, die Lebensmittelpreise aber 20 Prozent steigen!“ „Ich bin Zentrumsmann“, so fuhr der Redner fort und kam zu dem wertvollen Geständnis, „aber ich muß sagen: von der Zentrumspartei wird ein großer Druck auf die Gewerkschaften geübt, damit sie dem Zentrum dienen sollen!“

Die christlichen Gewerkschaften als die dienenden Rägde der Zentrumspartei! — So werden sie allerdings auch behandelt. Die Dienstboten unterliegen ja der Seindordnung, die ihre Rechtfertigung zum Gesetz erhebt. Und auch die Dienstboten der Zentrumspartei sind rechtlose Heloten. Die vielen Kämpfe der Zentrumsarbeiter mit der Zentrumsbourgeoisie bezeugen dies. In allen Ecken und Enden des Zentrumsturms rumort es, und nur, weil die Zentrumsbourgeoisie sich zwar die Bahnhilfe der christlichen Gewerkschaften gern gefallen ließ, aber ihnen nicht das kleinste Quentgen Einfluß gutwillig einräumt. Erst nach langen und heftigen Kämpfen gelang es der christlichen Arbeiterkraft, innerhalb der Zentrumspartei sich eine kümmerliche parlamentarische Vertretung zu erobern. Und wer sind die parlamentarischen Vertreter der christlichen Gewerkschaften im Reichstag wie in den Landtagen und Kommunalvertretungen? — Jene Reichstagsmitglieder, von denen die Bourgeoisie glaubte, daß sie sich keine rothenwirdige Seitenpränge gestatten. Und wo solches doch geschah, da wurden dem Arbeitervertreter, der es wagte, sich der Arbeiterinteressen auch wirklich anzunehmen, gehörig die Reutten gelassen. So erging es — um nur ein Beispiel herauszugreifen — dem Dortmunder Arbeitersekretär und Stadtverordneten Gronowski, der, als er die miserabile Bezahlung und Behandlung freilebender und christlich organisierter Straßenbahner im Stadtverordnetenkollegium zur Sprache brachte, nicht nur von seinen frommen Parteifreunden niedergebeimtet wurde, sondern dem man auch mit aller Deutlichkeit in dem dortigen Zentrumsbüro zu verstehen gab: er solle als junger Mann den Mund halten!

Die dienenden Rägde sind aber auch recht naive Rägde und als solche des Glaubens, daß es vollaus genüge, wenn noch der eine oder andre ihrer Getreuen ein parlamentarisches Mandat erhalte, um politische Erfolge für die Arbeiter zu erringen. Hoffnungsreicher Glaube schwellt ihre Herzen und der Mund läuft über. Die ge

größerer Teil des Bankkapitals als industrielles Kapital in den Kartellen angelegt. Dies erzeugt die Herrschaft des Bankkapitals, das zugleich industrielles Kapital ist, und die Abhängigkeit des übrigen industriellen, kommerziellen und Viehkapitals von den Banken, unter der Kontrolle der Banken. Man nennt dieses Kapital nun Finanzkapital. Das Finanzkapital ist also die Vereinigung aller früheren Kapitalarten unter der Herrschaft der Banken. Die Kartellierung und das Fortwährende Kreditbedürfnis der Industrie, die immer mehr fixes Kapital (Gebäude, Ländereien, Maschinen) anlegen muß, sind die Ursachen, daß das Finanzkapital die Herrschaft über die Produktion erlangte.

Aus Arbeitgeberverbänden.

In Berlin tagte am 13. Januar eine Vorstandssitzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände. Nach dem Bericht des Generalsekretärs Dr. Grabenstedt nahm die Organisation folgende Entwicklung:

- Ende 1906: 25 Mitgliedsverbände mit etwa 200 Unter-verbänden, die zusammen ca. 1 Million Arbeiter beschäftigen;
- Ende 1907: 44 Mitgliedsverbände mit über 300 Unter-verbänden, die etwa 1 300 000 Arbeiter beschäftigen.

Von Industrien, welche sich im Berichtsjahre neu angeschlossen haben, sind hauptsächlich zu erwähnen die Chemische, Zigarren-, Holzer- und Holzglas-Industrie und ferner Verbände des Baugewerbes, sowie eine größere Zahl von gemischten Arbeitgeberverbänden in allen Teilen Deutschlands. Die Ausbreitung der Entschädigungsgesellschaft des Vereins, welche als Rückversicherungsgesellschaft wirkt, hat ebenfalls Fortschritte gemacht; für das Jahr 1908 haben bereits verschiedene Verbände den Beitritt zur Rückversicherungsgesellschaft in Aussicht genommen. Es wurde festgestellt, daß im Berichtsjahre bei 197 Arbeiterbewegungen der Schutz des Vereins angerufen wurde. Der Vorstand nahm von dem Bericht Kenntnis, erzielte verschiedene Verwaltungsangelegenheiten und traf insbesondere Bestimmung über die Verwendung des aus der Hilfsaktion für die Holzindustrie verbliebenen Ueberschusses.

Das Wachstum der Unternehmerorganisationen muß für die Arbeiter eine Mahnung sein, für den Zusammenbruch der Arbeiter mit verdoppelter Energie zu wirken. Namentlich die Proleten in der Gemischten Industrie sollten sich den Organisationskämpfen ihrer Arbeitgeber zum Kampfe stellen.

Der Verband der sächsischen Industriellen hielt seine ordentliche Generalversammlung am 6. Januar in Dresden ab. Nach dem Bericht des Syndikus Stresemann umfaßt der Verband zurzeit 4000 Betriebe mit rund 400 000 Arbeitern. Die „Kundung“ der Zahlen läßt vermuten, daß die Angaben nur auf Schätzungen beruhen, immochin umfaßte die Unternehmerorganisation einen recht erheblichen Bruchteil der Industriearbeiter Sachsens, die auf 700 000 geschätzt werden. Charakteristisch ist der Wunsch Stresemanns, daß die „nationale“ Arbeiterbewegung immer mehr an Umfang zunehmen möge, damit „der deutsche Arbeiter vom Trübe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung befreit werde“. Das wird wohl ein frommer Wunsch bleiben, die deutschen Arbeiter werden sich hüten, im Bunde mit der verblumpten gelben Gesellschaft ihre eigenen Interessen niederzutramplen. Die Industriellen nahmen dann noch eine Resolution gegen die Vertierung der Kohlen durch das Kohlen Syndikat, eine andre gegen die Vertierung der Fernsprechnetze und eine dritte für die Kolonialpolitik an. Die Herren wissen, wo und wie sie das Interesse ihres Geldsacks zu wahren haben. Die sächsischen Arbeiter werden Mühe haben, ihre gewerkschaftliche Organisation auf den gleichen Stand zu bringen wie die Unternehmer die ihre gebracht haben.

Aufgelöstes Verkaufssyndikat. Die Generalversammlung des Bremer Ziegelverkaufssyndikats beschloß die Auflösung des Vereins. Als Grund wurde angegeben, daß ein Drittel der Ziegelfabriken außerhalb der Vereinigung ständen und damit jede durchgreifende Produktions- und Preisfestsetzung seitens des Verkaufsvereins unmöglich wäre. Die 43 dem Verein angehörenden Ziegelfabriken hätten von ihrem lohnungierten Quantum von hundert Millionen nur für ca. 51 Millionen Steine Absatz.

Ausgetreten aus dem Verband der Kachelofenfabrikanten ist die Fabrik Sagonia-Weigen. Grund des Austritts ist die vom Verband gegründete Preis-konvention, die angeblich die Konkurrenzfähigkeit der Fabrik beschränkte, weil sie für höhere Verkaufspreise diktierte wie andere Fabriken, die gleichartige Produkte erzeugen.

Die beiden vorstehenden Notizen zeigen zwar, daß im Unternehmertum durchaus nicht so prächtige Einigkeit herrscht und daß die Interessengegenstände zuweilen die schönsten Schöpfungsgeschichten wider die Konventionen zunichte machen, wir wissen aber, daß, wenn es gegen die Arbeiter geht, die Herren im wesentlichen einig sind. Bei den Arbeitern bestehen Interessengegenstände nicht, sie könnten als geschlossenes Heer den Arbeitgebern gegenüberstehen; aber da kommen geschickte Diener des Kapitals und werfen Janäpfele wie Heiligenschein umherschwebend die Arbeiter und — haben leider Erfolg damit.

Der Verband deutscher Kachelofenfabrikanten hält seine ordentliche Versammlungsversammlung am 17. Februar in Berlin ab. Von den 15 auf der Tagesordnung stehenden Punkten interessieren uns besonders die folgenden:

- Punkt 8: „Antrag, daß die Mitglieder eine Streik-Flanzel in alle Preisen und Verträge aufnehmen, wonach bei Streik und Auspöhrungen die Lieferungsfrist um die Zeitdauer der Streik verlängert wird.“
- Punkt 9: „Antrag, daß alle Verbandsfabriken für ihre Arbeiter die gleiche Beschäftigungsfrist festsetzen.“
- Punkt 10: „Beschlussempfehlung über Anträge, welche sich auf die Lieferung von Waren bei Streiks beziehen.“
- Punkt 11: „Beschlussempfehlung über die Höhe der seitens des Verbandes bei Auspöhrungen an nichtorganisierte Arbeiter zu zahlenden Entschädigung!“

Ein reichhaltiges Programm! Den Herren scheinen vornehmlich die Strapazen unserer Kollegen in Rußland, Belgien und auf dem Wege nach Ostindien vorzuliegen sich dann leicht und verraten so, daß die „nationale“ Neutralität der christlichen Gewerkschaften nur in den Agitationsversammlungen verwirklicht wird. Eine von christlichen Gewerkschaften einberufene und ausschließlich berufliche Arbeiterversammlung, die zu der Frage der Arbeiterkassendruckausstellung nehmen sollte, nahm am 23. Dezember 1906 in München nach einem Vortrage des christlichen Arbeitersekretärs Königbauer folgende Resolution einstimmig an: „Die Versammlung christlich-nationaler Arbeiter erachtet es als ihre Pflicht, einmündig nachgewiesenen Notwendigkeit einer vernünftigen Vertretung der christlichen Arbeiter in den Parlamenten die dringende Forderung, die Zentralversammlung möge diese Geschäftsbühne bei Aufstellung der Kandidaten für den Reichstag und Bundtag in ihrem Interesse und im Interesse der christlichen Arbeiter beizubehalten.“ Inzwischen wurde man bei den Verhandlungen mit Gewerkschaften sehr heftig oder selbständig vorgehen. Und im Schlußwort Königbauers wurde betont, daß die christlichen Arbeiter auch wie vor das Zentralprogramm aufrecht erhalten!

Das alle den werden möge christlichen Vertretungsvereinigungen noch beizubehalten. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar.

Das alle den werden möge christlichen Vertretungsvereinigungen noch beizubehalten. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar.

Das alle den werden möge christlichen Vertretungsvereinigungen noch beizubehalten. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar.

Das alle den werden möge christlichen Vertretungsvereinigungen noch beizubehalten. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar.

Das alle den werden möge christlichen Vertretungsvereinigungen noch beizubehalten. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar.

Das alle den werden möge christlichen Vertretungsvereinigungen noch beizubehalten. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar. Die christlichen Gewerkschaften sind „national“ und die von uns angeführten Tatsachen sind unabweisbar.

zu liegen. Das wird für uns eine Mahnung sein, den Ausbau der Organisation mit aller Energie zu betreiben, damit wir jederzeit gerüstet sind.

Aus Ostpreußens Gefilden.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft ist gewiß nicht weniger denn glänzend, die Lage der ostpreussischen Arbeiterschaft ist miserabel zu nennen. Der Mangel gewerkschaftlicher Organisationen macht sich hier auf Schritt und Tritt bemerkbar und es laun allen Deuten, die sich über den kulturellen Wert der Gewerkschaftsbewegung ein Urteil bilden wollen, nur geraten werden, hierher zu kommen und sich die Lohn-, Arbeits-, Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der Arbeiter anzusehen. Es wird sich sehr bald die Ueberzeugung aufdrängen, daß eine starke Gewerkschaft für den Arbeiter unbedingt notwendig ist, wenn er nicht unter den Peitschenhieben kapitalistischer Ausbeutung erliegen will.

Die jämmerlichen Löhne, die zu Zeiten flotten Geschäftsganges 18—20 Pfennig pro Stunde für männliche und 10—15 Pf. für weibliche Arbeiter betragen, werden jetzt bei der hereinbrechenden Krise noch willkürlich herabgesetzt, weil den Arbeitern jede Organisation und damit jede Widerstandsfähigkeit fehlt. Dazu kommen noch die Drangsalierungen der Polizei und Behörden, die sich hier angestrichelt wie sonstwo als Bundesgenossen des Kapitals fühlen.

Rönigsberg ist eine der teuersten Städte Deutschlands und steht mit seinen Preisen für Wohnungen nur hinter Berlin zurück. Der Lohn hingegen ist hier äußerst niedrig. Dazu kommt die Arbeitslosigkeit, die noch vergrößert wird durch die Skrupellosigkeit der Unternehmer, die Ausländer über die nahe Grenze holen, um die einheimischen Arbeiter noch mehr zu knechten zu können. Obedient wählen die Unternehmer, die noch genügend Aufträge haben, den profitabelsten Weg, mit weniger Arbeitskräften Ueberstunden zu machen, statt neue einzustellen.

So liegt die Ostpreussische Arbeitervereine vor einigen Wochen einen Revers unterschreiben, wonach die Arbeiter sich verpflichten, jederzeit, sowie auch Sonntags, die Firma zur Verfügung zu stehen. Es werden auch seit einiger Zeit täglich Ueberstunden bis 9 und 10 Uhr abends gemacht und auch vielfach Sonntagsvormittag gearbeitet. Hier verdienen die Arbeiter einen Stundenlohn von 25 Pf. bei 11 stündiger Arbeitszeit. Daß bei solchen Löhnen die Arbeiter eine traurige Existenz führen, wird jedem einleuchten.

Den Arbeitern brachte das verfloßene Jahr nur eine enorme Erhöhung der Lebensmittel- und Wohnungspreise, sonst nichts. Man geht nur in die Wohnungen und sehe den Jammer. 18 bis 20 Mark Miete pro Monat für eine Küche, eine kleine Stube und ein Schlafkabinett, das bestenfalls so groß ist, daß zwei Weisellen darin stehen können. In diesen engen Räumen schlafen oft 5 bis 6 Personen. Das ist die Lage der Großstadtarbeiter von Rönigsberg.

Zillit besitzt eine große Zellulosefabrik, die sich erst im Dezember v. J. mit der Waldhölzer verholzung hat. Die Lohnverhältnisse dieses Nierenbetriebes haben wir schon einmal an dieser Stelle beleuchtet. Sie sind jämmerlich zu nennen und ermöglichen den Arbeitern eine menschenwürdige Existenz nicht. Dabei erzielte aber die Zellulosefabrik für 1906/07 einen Fabricationsgewinn von 2 225 848 Mark. Der Bruttogewinn betrug 902 737 Mark und der Reingewinn 538 438 Mark, aus dem 20 Prozent Dividende verteilt wurden. Lange, schwere Arbeitsschichten, kümmerlicher Lohn für die Arbeiter und Arbeiterinnen, hohe und ungelohnte Profite für die Herren Aktionäre, für die Erzeugnisse, die den Honig schürfen, während die Arbeitsschichten darben müssen.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit die Arbeiter zur Anspannung aller Kräfte getrieben werden, zeigt am besten nachfolgender Erlaß:

Bekanntmachung
für die Arbeiter in der Kocherei (Fabr. I).

Nachdem die Produktion bzw. Kochergebnisse in den letzten Monaten bedeutend zurückgegangen sind, sehen wir uns veranlaßt, folgendes bekannt zu geben.

Wir verlangen für jeden Keinen Kocher mindestens eine durchschnittliche Ausbeute von 11 000 kg und für jeden großen Kocher mindestens 15 500 kg lufttrocknen gedachte Zellulose, so daß wir z. B. in einem Monat bei einer Kocherzahl von
76 L. Kochern à 11 000 kg = 836 000 kg
und 33 gr. „ à 15 500 kg = 588 000 kg
eine Produktion von **Ca. 1 425 000 kg**

Wird dieses Mindestquantum nicht erreicht, so werden bei der Prämienzahlung für jede fehlenden 100 kg 3 Mark von der gesamten Prämiensumme in Abzug gebracht. Jedes fehlende angefangene Quinten wird für ganz fehlend gerechnet.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir bereits keine Kocher mit über 11 000 kg und große mit über 16 000 kg Ausbeute gehabt haben. Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. Dezember 1907 in Kraft.

Zellulosefabrik Zillit, Aktiengesellschaft.

Als die Hungerpeinliche wird geschwungen, wenn die Lohnkassen nicht ihr letztes Quantum kraft dem Unternehmen opfern. Alfordarbeit, ohne Alfordlohn, das ist das Rezept, nach dem hier gearbeitet wird. Da ist der Mietenprofit erklärlich.

Wie mel zeichnet sich durch die „nationale Liebe“ der Unternehmer für die Arbeiter aus. So wollen die Unternehmer, um „dem Arbeitermangel abzuwehren“, wie die „Urm. Stg.“ schreibt, Arbeiterwohnungen für „ausländische Arbeiter bauen. Die Versicherungsanstalt für Ostpreußen hat sich bereit erklärt, die Grundstücke bis zu 50 Prozent ihres Wertes gegen 3 Prozent Zinsen und 1—2 Prozent Tilgung zu beleihen. Um eine Erweiterung der Beleihungsgrenze bis auf 75 Prozent zu erzielen, haben die Fabrikanten beschloffen, zum Zweck der Garantieübernahme eine Gesellschaft m. b. H. zu gründen, und zugleich die Stadt Memel erucht, derselben beizutreten. Der Magistrat hat beschloffen, sich an dieser Gründung zu beteiligen und legte nun eine beschließende Vorlage der Stadtverordneten-Versammlung vor, die 5000 Mark dazu bewilligte.

Also man baut für ausländische Arbeiter Wohnungen, um sie gegen die inländischen als Lohnrücker zu benutzen, und die Stadtverwaltung bewilligt dazu aus dem Stadtkasse 5000 Mark. Die Memeler Arbeiter müssen also durch ihre Steuern dazu beitragen, daß ihre ausländischen Konkurrenten, die von den Unternehmern als Lohnrücker herangezogen werden, Wohnungen erhalten.

Schließlich, eine „nationale Tat“! Gegen den Bau von Wohnungen wäre selbstverständlich nichts einzuwenden, wenn es nicht gleichzeitig eine Unterdrückung der einheimischen Arbeiter bedeuten würde. Hat doch die Zellulosefabrik erst vor kurzer Zeit ca. 30 Arbeiter aus dem innern Betriebe entlassen, die durch russische, also billigere Arbeitskräfte ersetzt wurden.

Auch die Polizeibehörde erlauben sich alle kleinlichen Mittel gegen unsere Kollegen. So hat am Sonntag, dem 6. Januar, ein Wachmeister unsere Hilfskassierer das Einkassieren der Beiträge und Ausstragen des „Proletariats“ während der Gottesdienstzeit verboten. (Scheint ein tüchtiger Geheißener zu sein.)

In Marienburg, wo die Kollegen seit ca. 2 Jahren daran waren, ihre Löhne einzumachen der Vertierung der Lebensmittel usw. anzupfehlen und Löhne von 30—35 Pf. pro Stunde in den Schneidemühlen durchzusetzen, hat das Unternehmertum die Löhne bis auf 20 Pf. pro Stunde, ja auf 1,50 Mark pro Tag herabgesetzt. Die Arbeiter tragen aber selbst die Schuld daran. Als damals ihr Lohn etwas erhöht wurde, glaubten sie den Verband nicht mehr zu brauchen und waren aus. Nun werden sie wohl erkennen, daß nur durch Ausdauer und engen Zusammenhalt ihr Lohn festgehalten werden kann. Da den Kollegen jetzt auch kein Versammlungsort zur Verfügung steht, so ist es ihnen unmöglich, ihre Klagen gegen den Kapitalisten zu äußern. Ja, nicht einmal ein Solat zu Sitzungen können die Kollegen erlangen. Die Polizeibehörden sind eifrig bemüht, jede Kleinigkeit auszupeilen und so sie eine Sitzung zu wittern glauben, wird selbige durch Druck auf den Wert inaktiviert.

Das sind nur einige Bilder aus dem ostpreussischen Gefilde. Wir können die Schilderung beliebig fortsetzen, aber schon das Ge-

sagte dürfte beweisen, daß hier noch ein großes Feld für die gewerkschaftliche Tätigkeit vorhanden ist. Zwar haben wir eine Schaar opferfreudiger Kollegen hier, eine gewerkschaftliche Kerntruppe, aber die große Mehrzahl der Arbeiter steht und noch indifferent gegenüber. Sie zu gewinnen, muß unsere Arbeit Ziel sein.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Preisstreiterei des Zement Syndikats.

Die Unternehmer der Zementindustrie verstehen es bellannlich meisterlich, ihre Interessen zu wahren. Einmal hatten sie die Produktionskosten niedrig durch miserable Entlohnung ihrer Arbeiter und Heranziehung ausländischer Lohnrücker und zweitens hatten sie ihre Verkaufspreise mit Hilfe ihrer Syndikate außerordentlich hoch. Gerade in den Zementfabriken konnten die Arbeiter bei den Preiszusammenstößen in ganz besonders hervorstechendem Maße von den Unternehmern lernen. Dabei sind allerdings diese so organisationsfreundlichen Herren durchweg organisationsfeindlich, wenn es sich um Arbeiterorganisationen handelt. Das ist erklärlich. Die Herren wissen eben aus Erfahrung, daß der Zusammenbruch der Arbeiter eine Vertierung der Ware Arbeitskraft zur Folge hätte, und das wollen sie verhindern. Sie benutzen die Waffe der Organisation zur Schwächung der Konkurrenten und jetzt aber „Heger und Wähler“, wenn die Arbeiter sich diese Waffe zur Wahrung ihrer Interessen bedienen wollen.

In Rücksicht auf die enorme Vertierung des Zements durch die Syndikate brachte nun kürzlich im bayerischen Bundtag der Abgeheim folgenden Antrag ein:

„Die Staatsregierung möge gegenüber den rücksichtslosen Preisstreitereien in Portland-Zement dem gegenwärtig veranlaßten Bundtage die Vorarbeiten zur Errichtung eines staatlichen Portland-Zementwerks unterbreiten und an die Errichtung eines solchen Werkes möglichst bald herantreten.“

Abg. Helm wies bei Begründung seines Antrags darauf hin, daß der Preis des Zements, der im Jahre 1903 160 Mark pro Tonne betragen habe, 1904 auf 200, 1905 auf 220, 1906 auf 280 und im Jahre 1907 auf nahezu 400 Mark gestiegen sei. Diese ungeheuerliche Preisstreiterei füge dem Staat als Verbraucher großer Quantitäten Zement enormen Schaden zu. Die Errichtung eines staatlichen Zementwerkes sei deshalb notwendig und rentabel. Ein Teil der Zentrumsabgeordneten ließ den Antragsteller im Stich, weil — Vertretung ein Schritt zum Zukunftsstaat sei. Abg. Waller (Soz.) protestierte aber die Zentrumsabgeordneten und erklärte, daß die Sozialdemokraten dem Antrag Helm zustimmen würden. Der Antrag wurde angenommen.

Dieser drohende Eingriff in die dreifach geheiligte Ausbeutungsrechte der Unternehmer hat sofort die sächsischen Zementwerke auf den Plan gerufen. Sie haben an das Ministerium ein Eingangsgericht, in der sie gegen das Projekt Stimmung machen. Die Vertierung durch die Syndikate ist angeblich nicht ganz so arg, die Rentabilität der Betriebe nicht glänzend, die Stilllegung von Betrieben seitens des Syndikats notwendig und die Gründung eines staatlichen Zementwerks selbstverständlich überflüssig und schädlich. Die Unternehmer hoffen deshalb, daß von dem „verhängnisvollen Schritt“ Abstand genommen wird.

Wir nehmen vor diesem Interessententzug Notiz, um unseren Kollegen in den Zementfabriken zu zeigen, wie rücksichtslos und entschieden die Unternehmer ihre Interessen verteidigen, und wir hoffen, daß die Arbeiter es ihnen nachzusehen werden. Die Arbeiter haben jeztmal mehr Ursache, den Zusammenbruch anzustreben, wie die Unternehmer, leider erkennen das nur wenige von ihnen. Während das verfloßene Jahr den organisierten Unternehmern reiche Gewinne brachte, sind die Arbeiter in der Mehrheit leer ausgegangen. Nur ein Bruchteil hatte sich rechtzeitig der Organisation angeschlossen und konnte die Konjunktur ausnützen. Das muß in Zukunft anders werden! Die Zementarbeiter müssen einsehen, daß eine festgeschlossene gewerkschaftliche Organisation für sie unbedingt notwendig ist, wenn sie sich nicht „übererretten“ lassen wollen.

Dividendenabschätzungen in der Zementindustrie.

Daß die Zement-Aktienbesitzer auch für das verfloßene Jahr auf enorme Gewinne rechnen können, beweisen die Dividendenabschätzungen. Wenn auch hier und da kleine Abweichungen vorkommen mögen, so haben die Dividendenbesitzer doch im allgemeinen eine gute Nase für den Geschäftsgang der Werke, um sich wesentlich zu irren. Das Unternehmerorgan veröffentlicht folgende Abschätzungen:

	Bezahl für 1906 %	Geschätz für 1907 %
Adler, Deutsche Portlandzementfabrik	10	15
Altenische Portlandzementfabrik	17	17 1/2—18
Dreienburger Portlandzementfabrik	12	12 1/2—14
Hemmoor	10	10
Hörsing-Gödelheimer Portlandzementfabrik	—	9—9
Rheinisch-Westfälische Zementindustrie	18	20
Sächsisch-Böhmische Portlandzementfabrik	12	12
Sächsisch-Thüringische Portlandzementfabrik	17	18—20
Schminnow	11	11
Schlesische Aktien-Ges. Portlandzementfabrik	13 1/2	13 1/2
Stettin-Bredower Portlandzementfabrik	6	6
„Autonia“-Wismar	20	20
Widder (Weddinghausen) Portlandzementfabr.	12	12

Zusammen würde die Dividende bei zwei Betrieben fallen, bei sechs gleichbleiben und bei fünf steigen. Das ist im Umfange der Tatsache, daß schon das Jahr 1906 den Zementherren enorm gesteigerte Gewinne lieferte, ein glänzendes Resultat. Für die Arbeiter ist das Jahr 1907 leider weniger ertragreich gewesen. Sie sind allerdings auch weniger gut organisiert wie die Unternehmer. Possenlich können wir am Schlusse dieses Jahres besseres für die Arbeiter berichten.

— **Zwickau.** Als wenig rücksichtsvoller Beamter scheint der neue Betriebsleiter der Dampfzettelerei von Feodor Helm in Zwickau-Wölz aufzutreten zu wollen. Als geschworener Feind der gewerkschaftlichen Organisation hat er sich in der Entlassung und Schikhanierung organisierter Arbeiter besonders hervorgetan. Es ist deshalb nicht zu wundern, daß die während der Lohnbewegung 1907 tätige Kommission als Opfer auf der Strecke blieb. Ihre Entlassung erfolgte mit dem deutlichen Hinweis, daß dieselbe als eine Folge der Lohnbewegung zu betrachten sei. Andere Kollegen wurden — angeblich wegen Arbeitsmangels — mit Feiertagen bedacht. Von glaubwürdiger Seite wird uns jedoch berichtet, daß Winterbeschäftigung genügend vorhanden sei. Man geht daher gewiß nicht fehl, wenn dieser angebliche Arbeitsmangel ebenfalls mit der Lohnbewegung in Verbindung gebracht wird. Eine angeforderte Lohnreduzierung von 40 resp. 25 Pfennig auf 30 Pf. pro Stunde trat bisher nicht ein. Ebenfalls unentbehrlich diesebe nicht aus Rücksicht gegen die Arbeiterlichkeit, sondern aus Furcht vor den daraus entstehenden Folgen. Der Zutritt zur Zettelerei ist — wie nicht anders zu erwarten — jetzt Unbefugten streng untersagt. Damit aber der Verband von der Energie und Willensstärke dieses Hinters der Zettelerei Kenntnis erhielt, verriet er der Arbeiterlichkeit, daß im Vorjahre, wenn er die Betriebsleitung schon in Händen gehabt, eine Lohnaufbesserung aberechnung erfolgt wäre. Wenn sich der gute Mann nur nicht irrt, jedenfalls war die Vertierung der Zettelerei über die Verhältnisse dieses Betriebes sehr genau informiert. Und aber seinen Kamagungen und Anordnungen die Krone aufzusetzen, verbot er der Arbeiterlichkeit das Rauchen im Betriebe und befaß mehrere Arbeiter bei starker Hitze, die Gesundheitskur auszuüben. Dieser Fall ist in Zwickau noch nicht dagewesen. Bei passender Gelegenheit muß der arbeitersyndikatsfähige Herr Beamte besonders belohnt werden. Das Organisationsprogramm war bis jetzt im Betriebe ein zufriedenstellendes. Besonders waren die Kolleginnen gut organisiert. Jetzt versucht man uns einiglekt unter die Arbeiter zu tragen. Die Kollegen und Kolleginnen haben im Vorjahre den Sieg gegen das Unternehmertum davongetragen, an ihrem letzten Zusammenbruch wurden auch die jetzigen Organisationen der Betriebsleitung zugehanden werden.